

**Sitzungsniederschrift**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen führte die 38. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 16.08.2018 in Kremmen, Am Markt 1, Rathaus, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße um 19.00 Uhr durch.

**a) anwesend****Reckin, Detlef**

Busse, Sebastian

Förster, Arthur

Ganschow, Margareta

Glanzer, Helmut

Dr. Gebauer, Stefanie

Voigts, Malte

Koop, Eckhard

Kretzschmar, Andreas

Winkler, Peter

Fritz, Uwe

Tietz, Reiner

Mittelstädt, Gerhard

Brunner, Christoph

Falkenberg, Fritz

Kurth, Jürgen

**Vorsitzender**

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Mitglied

**b) abwesend**

Arens, Jörg

Bommert, Frank

Oertel, Helfred

Mitglied

Mitglied

Mitglied

**c) von der Verwaltung anwesend**

Frau Haak, Frau Wörtzel, Frau Tamms

**d) Gäste**

./.

**e) Presse**

MAZ, OGA

Die Mitglieder waren durch **-ordnungsmäßige** - Einladung vom **02.08.2018** auf **Donnerstag, den 16.08.2018** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben. Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **- ordnungsmäßige** - Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden. Die Stadtverordnetenversammlung war - nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - **beschlussfähig**.

## Bestätigte Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung vom 28.06.2018
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Informationen des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. Beratung und Beschluss: Aufhebung der Gebührensatzung für die Verleihung der Festzelte der Stadt Kremmen  
**Beschlussvorlage** - 01-50-2018
7. Beratung und Beschluss: Kündigung des Beratervertrages zum Energiemanagement der Stadt Kremmen  
**Beschlussvorlage** - 01-52-2018
8. Beratung und Beschluss: Bestellung von drei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung für die Einigungsstelle der Stadtverwaltung Kremmen  
**Beschlussvorlage** - 01-55-2018
9. Beratung und Beschluss: Ernennung des Vorsitzenden für die Einigungsstelle  
**Beschlussvorlage** - 01-56-2018
10. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

### II. Nichtöffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Stadtverordnetenversammlung vom 28.06.2018
2. Beratung und Beschluss: Eilentscheidung des Bürgermeisters nach § 58 BbgKVerf - Vergabe der Bauleistungen "Feuchtesanierung Kita Sommerfeld Gewerk Landschaftsbau Freihändige Vergabe FV-35-2018  
**Beschlussvorlage** - 01-62-2018
3. Beratung und Beschluss: Vergabe Neubau eines öffentlichen Spielplatzes im Ortsteil Sommerfeld "Postdreieck" - öffentliche Ausschreibung ÖA-19-2018 -  
**Beschlussvorlage** - 01-51-2018
4. Beratung und Beschluss: Vergabe der Bauleistungen "Gestaltung Seitenbereiche Alte Dorfstraße Nr. 4 - 8 in Groß-Ziethen" nach Öffentlicher Ausschreibung ÖA-23-2018  
**Beschlussvorlage** - 01-53-2018
5. Beratung und Beschluss: Vergabe der Bauleistungen "Neubau Überdachung Kita Rhinstrolche Kremmen" nach Öffentlicher Ausschreibung ÖA-22-2018  
**Beschlussvorlage** - 01-54-2018
6. Beratung und Beschluss: Vergabe der Bauleistungen "Straßenneubau An der Wesering OT Sommerfeld" nach Öffentlicher Ausschreibung ÖA-21-2018  
**Beschlussvorlage** - 01-63-2018
7. Beratung und Beschluss: Vergabe der Bauleistungen "Barrierefreie Übergänge in der Altstadt Kremmen" nach Öffentlicher Ausschreibung ÖA-20-2018  
**Beschlussvorlage** - 01-64-2018
8. Beratung und Beschluss: Durchführungsvertrag für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"  
**Beschlussvorlage** - 01-58-2018
9. Beratung und Beschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg" - unentgeltliche Übernahme der neuvermessenen Teilflurstücke -  
**Beschlussvorlage** - 01-59-2018
10. Beratungen und Beschlüsse: Grundstücksangelegenheiten
- 10.1 Beratung und Beschluss: Dienstbarkeitsbestellung in der Gemarkung Groß-Ziethen, Flur 1, Flurstücke 192, 194  
**Beschlussvorlage** - 01-57-2018
- 10.2 Beratung und Beschluss: Verkauf von unbebaute Grundstücke in der Gemarkung Hohenbruch, Flur 2, Flurstücke 514, 515, 516, 517  
**Beschlussvorlage** - 01-60-2018
- 10.3 Beratung und Beschluss: Erwerb eines Grundstücks in der Gemarkung Flatow, Flur 6, Flurstück 215/2  
**Beschlussvorlage** - 01-61-2018
11. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse	Abstimmungsergebnis		
	Stadtverordnetenversammlung am 16.08.2018	Ja	Nein	Enth
	<b>I. Öffentlicher Teil</b>			
1.	<p><b>Eröffnung der Sitzung</b></p> <p>Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Detlef Reckin, eröffnet am Donnerstag, dem 16.08.2018 um 19 Uhr die 38. Stadtverordnetenversammlung. Er begrüßt die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die Bürger, die Pressevertreter und die Mitarbeiter der Verwaltung.</p> <p>Der Vorsitzende stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Von insgesamt 19 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind 15 anwesend. Entschuldigt fehlt Herr Oertel.</p>			
2.	<p><b>Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung vom 28.06.2018</b></p> <p>Herr Koop bezieht sich auf Seite 2 der Niederschrift, und zwar zum Punkt Öffentlichkeit / Nichtöffentlichkeit bei Vergabeverfahren. Er fragt, ob die Antwort der Kommunalaufsicht vorliege. Auf Vorschlag von Herrn Reckin sollten Erläuterungen der Kommunalaufsicht abgefordert werden. Herr Busse macht deutlich, dass gemäß Hauptsatzung Vergaben in die Tagesordnung der nicht öffentlichen Sitzung aufzunehmen sind. Wie in der Niederschrift festgehalten, sollte die Satzungskommission im Zuge der Überarbeitung der Hauptsatzung prüfen und dann eine evtl. Änderung vorschlagen. Die zur vergangenen Sitzung zugesandte Erläuterung war die Ausarbeitung der Kommunalaufsicht. Die Satzungskommission soll sich als Arbeitsgruppe das erste Mal Anfang September treffen. Sie werde darüber beraten, welche Satzungen zu ändern sind. Eine Änderung der Hauptsatzung sollte jedoch gut überlegt sein. Die Rechtsprechung ändere sich und werde stetig aktualisiert, erklärt Herr Koop und meint, dass es sinnvoll wäre, Vergaben im öffentlichen Teil zu behandeln.</p> <p>Desweiteren verweist Herr Koop auf Seite 5 der Niederschrift, und zwar die 2 cm hohe Staubschicht in Luwigsau. Sollte dies den Tatsachen entsprechen, liege dort einiges im Argen. Es bestehe Handlungsbedarf. Die Bürgerin habe in der Verwaltung nicht mehr vorgesprochen, berichtet Herr Busse. Daraufhin berichtet Herr Winkler, dass es ein klärendes Gespräch zwischen der Beschwerdeführerin und dem landwirtschaftlichen Betrieb gab.</p> <p>Herr Brunner weist erneut darauf hin, dass er vor einiger Zeit vom Mitwirkungsverbot betroffen war, und zwar im Rahmen</p>			

	<p>des B-Plans "Ziegeleiweg". Er musste den Sitzungsraum verlassen, obwohl der TOP im öffentlichen Teil behandelt wurde. Der Satz: "Der Vorsitzende erklärt, dass dies ein Versehen war." sollte eindeutiger formuliert werden, da ein Unbeteiligter nicht erkennen könne, worauf sich das Versehen bezieht. In der Niederschrift vom 28.06.2018 gab es hierzu folgende Anmerkungen der Verwaltung: Wer annehmen muss, nach Absatz 1 und 2 von der Mitwirkung ausgeschlossen (befangen) zu sein, hat den Ausschließungsgrund unaufgefordert der zuständigen Stelle anzuzeigen und den Sitzungsraum zu verlassen. Bei einer öffentlichen Sitzung kann er sich in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes aufhalten. (§ 22 Abs. 4 BbgKVerf). Diese Anmerkungen machen deutlich, dass Herr Brunner seinerzeit den Sitzungsraum hat nicht verlassen müssen.</p> <p>Weitere Wortmeldungen sind nicht zu verzeichnen.</p>			
3.	<p><b>Feststellung der Tagesordnung</b> Es liegen keine Änderungsanträge vor, demnach wird gemäß vorliegender Tagesordnung weiter verfahren.</p>			
4.	<p><b>Informationen des Bürgermeisters</b> Herr Busse gibt folgende Informationen:</p> <p>Bericht des Rechnungsprüfungsamt über die Prüfung der Vergaben 2017 der Stadt Kremmen Herr Busse verliest den Schlusssatz des Prüfberichtes, der wie folgt lautet: "Nach Auffassung des RPA führten die Bemühungen der Verwaltung, mit allen getroffenen organisatorischen und fachlichen Veränderungen, zu diesem sehr positiven Prüfergebnis."</p> <p>Zwischenzeitlich erscheint Herr Kurth, so dass 16 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend sind.</p> <p>Neptunfest Herr Busse bedankt sich beim Ortsbeirat Kremmen und allen Helfern für die Organisation des Neptunfestes. Leider konnte er urlaubsbedingt nicht teilnehmen, habe aber erfahren, dass es ein sehr gelungenes Fest war. Er hoffe, dass weitere folgen. Wenn die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, wird es auch weitere Feste geben, erklärt Herr Koop.</p> <p>Kita-Satzung und Essengeldsatzung Nach dem Einvernehmen des Landkreises können ab morgen die Satzungen in den Schaukästen veröffentlicht werden.</p>			

	<p>Auszubildender G. Wagner Herr Busse begrüßt recht herzlich einen neuen Mitarbeiter der Verwaltung, den Auszubildenden G. Wagner. Anschließend stellt sich Herr Wagner den Abgeordneten kurz vor.</p> <p>Außerdem kann Herr Busse berichten, dass Frau Bialas ihre Ausbildung in diesem Jahr abgeschlossen hat, und zwar war sie sowohl Klassenbeste als auch Beste des Landkreises Oberhavel. Sie wird in der Kremmener Verwaltung bleiben. Herr Koop fügt noch hinzu, dass Frau Bialas als eine der Besten des Landes Brandenburg ihren Abschluss gemacht hat.</p>			
5.	<p><b>Einwohnerfragestunde</b></p> <p>Es melden sich drei Organisatoren des Punk-Festivals "Resist to Exist" zu Wort. Sie möchten ein Meinungsbild von den Abgeordneten haben. Wie ist das Festival angekommen und wie können sie sich noch mehr einbringen? Sie organisieren bereits seit drei Jahren dieses Festival in Kremmen und möchten gerne weitere Jahre in Kremmen bleiben.</p> <p>Herr Tietz begrüßt es sehr, dass die Veranstalter zur Stadtverordnetenversammlung gekommen sind. Auch Herr Busse begrüßt dies sehr. Beinahe wäre das Fest in diesem Jahr gescheitert. Es gab jedoch eine Sondergenehmigung. Soll 2019 das Festival wieder in Kremmen stattfinden, ist ein B-Plan erforderlich. Dieses Verfahren liege beim Bauordnungsamt des Landkreises Oberhavel., die Veranstalter sollten sich rechtzeitig kümmern. Herr Koop kann es verstehen, dass für die Veranstalter das Meinungsbild wichtig ist. Stehen die Abgeordneten dem Festival offen gegenüber, sei dies eine moralische Hilfe. Es wäre gut, wenn die Abgeordneten ihre Meinung darstellen. Mehr kann gegenüber dem Bauordnungsamt nicht gemacht werden. Es wäre gut, wenn die Thematik nochmal ausgewertet wird. Es gab auch einige kritische Anmerkungen, die in diesem Gespräch auch ausgewertet werden sollten. Nur durch Gespräche könne das Ziel erreicht werden.</p> <p>Herr Dalibor hat das Festival schon zweimal als Kreistagsabgeordneter besucht. Er habe noch nie so ein Festival in dieser Größenordnung gesehen, was so gut geplant war. Kleine, negative Dinge, die es bei einem solchen Event auch gebe, seien nicht ausschlaggebend. Über hundert Jugendliche haben dieses Fest organisiert, darüber sei er sehr beeindruckt. Den Kremmener Jugendlichen wurden auch Praktikumsplätze angeboten. Er appelliert dringend, das Fest in der Stadt zu behalten.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen schließt Herr Reckin</p>			

	diesen Tagesordnungspunkt.			
6.	<p><b>Beratung und Beschluss: Aufhebung der Gebührensatzung für die Verleihung der Festzelte der Stadt Kremmen</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-50-2018</b></p> <p>Die Aufhebung der Gebührensatzung wurde im Hauptausschuss beraten und einstimmig empfohlen, berichtet Herr Busse. Die Zelte sollten nur für die städtischen Feste bzw. Feste der Vereine zur Verfügung gestellt werden. Bei der Vermietung an Privatpersonen sei es kaum möglich, allen gerecht zu werden. Dies sei ein guter Schritt, meint Herr Glanzer. Die Zelte und die Zeltgarnituren werden durch die Ortsteile bereits sehr beansprucht. Schließlich gebe es auch Zeltverleih-Firmen.</p> <p>Nachdem keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen sind, bittet Herr Reckin um Abstimmung.          "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung zur Aufhebung der Gebührensatzung für die Verleihung der Festzelte der Stadt Kremmen."</p>			
	<p>Stimmverhältnis:        einstimmig          Abstimmung:            laut Vorschlag</p>	16	0	0
7.	<p><b>Beratung und Beschluss: Kündigung des Beratervertrages zum Energiemanagement der Stadt Kremmen</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-52-2018</b></p> <p>Herr Busse begründet die Beschlussvorlage. Im Zusammenhang mit dem Energiekonzept wurde der Beratervertrag geschlossen. Einige Aufgaben aus dem Energiekonzept seien bereits erledigt. Derzeit wird am Straßenlaternenkataster gearbeitet. Dabei habe sich auch herausgestellt, dass es in Kremmen ca. 70 verschiedene Lampentypen gebe. Die weitere Umsetzung des Energiekonzeptes könne die Verwaltung eigenständig übernehmen. Offene Aufträge mit dem Bioenergiedorf-Coaching Brandenburg e.V. werden bis zum Abschluss fortgeführt.</p> <p>Es folgen mehrere Wortmeldungen.          U.a. erklärt Herr Winkler, dass zur Meinungsfindung der letzte Satz der Problembeschreibung ausschlaggebend war. Der Satz lautet wie folgt: "Jedoch möchte ich den Energiestammtisch beibehalten und habe hierfür für das kommende Jahr 500 € für Miete und Aufwandsentschädigung eingeplant."</p> <p>Herr Koop berichtet aus dem Ortsbeirat Kremmen. Hier wurde die Thematik besprochen. Und zwar wurde auch darauf verwiesen, dass der Energiestammtisch eine rein private Initiative sei, die Stadt habe damit nichts zu tun. Die Initiatoren möchten auch nicht mit der Kündigung in Verbindung gebracht werden.</p>			

Die Stadt habe stets die Miete für die Energiestammtische und Zuschüsse für Referenzen gezahlt, berichtet Herr Busse. Wenn Frau Spangenberg die Leitung des Stammtisches übernommen hatte, hat sie dies jeweils der Stadt in Rechnung gestellt.

Anschließend erhält Herr Tietz das Wort. Es bittet, seine folgenden Ausführungen vollständig ins Protokoll zu nehmen.

"Ich schlage Ihnen vor, dass wir uns ganz sachlich damit auseinandersetzen, ob wir dem Beschlussvorschlag der Kündigung des Vertrages so zustimmen können. Wir würden damit einen langjährigen positiven Prozess unterbrechen, begonnen 2012 mit der Ausarbeitung unseres Energie-Konzeptes, nachdem wir seit 2014 arbeiten, mit ganz ordentlichen Ergebnissen. Wir arbeiten nach klaren Zielstellungen. Das Energieproblem ist ständig im öffentlichen Raum präsent und verstärkt im Bewusstsein der Bürger. Zahlreiche Einzelmaßnahmen wurden mit den Haushalten seit 2014 verwirklicht, vor allem bei der Straßenbeleuchtung und der energetischen Sanierung von Gebäuden.

Ich bin in Sorge, ob die Weiterführung ohne eine wirkliche Fachkraft in der Verwaltung gesichert werden kann. Ein Energiebeauftragter ohne entsprechende Ausbildung kann natürlich die Prozesse nicht selbständig bearbeiten. Aber die angebotene Beratung durch die Energie-Anbieter, hier ist besonders EMB aktiv, kann das nicht ersetzen. Außerdem: Jede Inanspruchnahme ihrer Serviceangebote kostet natürlich Geld. Dazu kommt noch, dass die Anbieter uns natürlich nicht dabei beraten wollen, wie wir weniger Strom oder Gas von ihnen kaufen.

Es gibt auch das Argument, dass auf diesem Gebiet zu wenig passiert, sich also die Beratung nicht lohnt. Ist das aber die Schuld einer Beratung, die uns seit 2014 immer wieder mit Vorschlägen bombardiert, die aber nicht umgesetzt werden, weil sie als nicht so wichtig erachtet werden und deshalb nur zum kleinen Teil in unsere Haushalte kommen? Das können sie auch aus dem Bericht über die letzte Arbeitsphase, den Frau Spangenberg vorgelegt hat, ablesen.

Wie ich auch bemerkt habe, ist die Zusammenarbeit nicht ganz einfach. Der Bürgermeister scheint mit Manchem nicht zufrieden. Muss man da aber gleich einen Vertrag kündigen? Konnte man die Zusammenarbeit nicht anpassen? Wir brauchen in der Verwaltung intern oder extern unbedingt das notwendige Fachwissen, auch z.B. bei der energetischen Prüfung von Baumaßnahmen und der Kostenangebote. Der Prozess der

Energiewende, jun angetrieben vom Klimawandel, ist lange nicht abgeschlossen. Es kommen tief greifende Veränderungen auf uns zu, die langfristig und qualifiziert vorbereitet werden müssen.

Wenn das mit dem vorliegenden Vertrag nicht geht, könnte die Stadt dem Verein einen neuen Vertrag vorschlagen, der die Lehren aus den 3 Jahren, die Anforderungen der Zukunft und die Wünsche und Vorgaben der Verwaltung zur Gestaltung der Arbeit enthält.

Ich unterbreite deshalb folgenden Änderungsantrag zum Beschlusssentwurf: **Ergänzung des Beschlusstextes durch folgenden Satz: "Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Verein Bioenergiedorf-Coaching einen Vorschlag für einen neuen Vertrag zur Fortführung der Beratung zu unterbreiten."**

Außerdem schlage ich vor, dass die Stadt weiter Mitglied im Verein bleibt, Ich wäre bereit, die Vertretung dort weiterhin zu übernehmen."

Herr Reckin bittet die Abgeordneten um Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Tietz.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4      Nein-Stimmen: 7      Enthaltungen: 5

Mit dem Abstimmungsergebnis ist der Antrag abgelehnt.

Herrn Voigts ist die Präsentation von Frau Spangenberg zum Projekt "Energiesparmodelle an Schulen etc." in der Hauptausschusssitzung in Erinnerung geblieben. Es war eine ganz schlechte Ausarbeitung. Darauf hatte er in der Sitzung bereits hingewiesen. Aus dem Grund habe er gegen den Änderungsantrag gestimmt. Durch eine Vertragsänderung würde auch keine Besserung erzielt. Er hofft sehr, dass der Stammtisch weitergeführt wird und auch, dass es einen qualifizierten Mitarbeiter in der Verwaltung gibt, der die Arbeiten weiterführt. Frau Dr. Gebauer kann den Aussagen von Herrn Voigts nur zustimmen. Sie habe das Energiekonzept durchgearbeitet und Frau Spangenberg viele Korrektursachen übergeben. Frau Spangenberg bekomme so viel Geld, dafür müsse sie bessere Arbeit leisten. Im Energiekonzept ist klar ersichtlich, was gemacht werden soll. Das könne die Stadt auch alleine umsetzen.

Die Verwaltung arbeitet mit dem Energiekonzept und es werde stetig abgearbeitet, bestätigt Harr Busse.



	<p>Herr Brunner äußert seine Bedenken. Er ist der Meinung, die Stadt habe mit Frau Spangenberg nichts gemacht, ohne sie aber auch nicht. Vieles, was in letzter Zeit zum Energiesparen vorgeschlagen wurde, wird in Kremmen jedoch nicht umgesetzt.</p> <p>Herr Koop hofft, dass die Verwaltung über einen qualifizierten Mitarbeiter verfügt, der die Arbeiten weiterführt. Er fragt, welche Qualifikation der Energiebeauftragte habe. Das Aufgabenfeld liege bei Herrn Stolzenberg, erklärt Herr Busse. Seine Qualifikation kenne er nicht. Zurzeit habe Herr Schabanowski kommissarisch die Aufgaben übernommen. Übernimmt er dieses Aufgabenfeld dauerhaft, wird er Weiterbildungen besuchen. Es werde mit Planern zusammen gearbeitet.</p> <p>Herr Fritz meint u.a., dass die Energieeinsparung mit Wettbewerben an den Schulen losgehen könne. Die Kinder sollten schon zur Einsparung (Licht ein- und ausschalten) erzogen werden.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen folgt die Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt den Beratungsvertrag für freiberufliche Leistungen mit der Bioenergiedorf Coaching Brandenburg e.V., Im Glien 4 b, 14621 Schönwalde-Glien OT Perwenitz, vom 28.09.2016 fristgerecht zum 30.09.2018 zu kündigen."</p>			
	<p>Stimmverhältnis:        mehrstimmig Abstimmung:            laut Vorschlag</p>	11	3	2
8.	<p><b>Beratung und Beschluss: Bestellung von drei Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung für die Einigungsstelle der Stadtverwaltung Kremmen</b> <b>Beschlussvorlage - 01-55-2018</b></p> <p>Frau Haak weist darauf hin, dass im Mai 2018 ein neuer Personalrat gebildet habe. Das Personalvertretungsgesetz sieht vor, eine Einigungsstelle zu bilden, die aus je drei Mitgliedern besteht. Die Einigungsstelle ist zu beteiligen, wenn zwischen dem Personalrat und der Dienststelle keine Einigung erzielt werden kann.</p> <p>In Anbetracht der Kommunalwahlen im Jahr 2019 ist die Fraktion SPD-Grüne der Meinung, dass die drei bisherigen Mitglieder diese Funktion bis dahin weiterhin wahrnehmen, erklärt Herr Winkler.</p> <p>Sowohl Herr Förster, Vorsitzender der Fraktion UWG/LGU, als auch Herr Tietz, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE / Bürger für Bürger / Koop, teilen dies auch aus ihren Fraktionen mit.</p>			

	<p>Die drei bisherigen Vertreter Margareta Ganschow, Christoph Brunner und Arthur Förster stimmen dem auch zu.</p> <p>Herr Reckin bittet die Abgeordneten um Abstimmung.          "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen bestellt aufgrund des § 71 Personalvertretungsgesetz des Landes Brandenburg folgende Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in die Einigungsstelle der Stadtverwaltung Kremmen:          Frau Margareta Ganschow          Herr Christoph Brunner          Herr Arthur Förster."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig          Abstimmung: laut Vorschlag</p>	16	0	0
9.	<p><b>Beratung und Beschluss: Ernennung des Vorsitzenden für die Einigungsstelle</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-56-2018</b>          Diese Beschlussvorlage knüpft auf die vorhergehende an, erklärt Frau Haak. Als Vorsitzenden der Einigungsstelle wird Frau Nicole Heide vom Amtsgericht Oranienburg vorgeschlagen, deren Einverständnis auch vorliegt.</p> <p>Herr Koop bezieht sich auf die neue Datenschutzverordnung und fragt nach dem Umgang mit den persönlichen Daten im Rahmen evtl. Verhandlungen. Es werden vorab die Einverständniserklärungen der Teilnehmer eingeholt, antwortet Frau Haak.</p> <p>Es folgt die Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen bestellt gemäß § 71 Abs. 3 Landespersonalvertretungsgesetz des Landes Brandenburg          Frau Nicole Heide (Mediatorin des Amtsgerichtes Oranienburg)          zur Vorsitzenden der Einigungsstelle der Stadt Kremmen."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig          Abstimmung: laut Vorschlag</p>	16	0	0
10.	<p><b>Anfragen und Informationen der Abgeordneten</b>          Die Gemeinde Löwenberger Land hat im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Einziehung von öffentlichem Straßenland (Bezeichnung: OV Sommerfeld, Ortsteil: Neuendorf) um Stellungnahme gebeten. Der Sommerfelder Ortsbeirat habe bereits Stellung bezogen. Wie geht es weiter?          Frau Tamms wartet noch auf das Feedback der anderen beteiligten Ortsteile, dann wird eine gemeinsame Stellungnahme verfasst.</p> <p>Herr Kurth habe von Herrn Sylvester per Mail die Auskunft</p>			

	<p>erhalten, dass in der 30. KW der Wegebau in Sommerfeld begonnen wird. Da dies nicht der Fall war, habe er per Mail bei Herrn Sylvester nachgefragt, jedoch keine Antwort erhalten. Jetzt habe er erfahren, dass er im Urlaub ist. Er erwartet, dass im Urlaub der Rechner auf eine Vertretung umgestellt wird. Das sei in jedem Unternehmen Usus. In der Verwaltung gebe es für jeden Mitarbeiter eine Vertretung, erklärt Herr Busse. Und Frau Tamms fügt hinzu, dass sie auch telefonisch erreichbar sei. Wenn er eine schriftliche Anfrage stellt, erwartet er auch eine Antwort, so Herr Kurth abschließend.</p> <p>Herr Busse berichtet von Schwierigkeiten mit dem Auftragnehmer. Hierzu werde er im nicht öffentlichen Teil der Sitzung mehr sagen.</p> <p>Herr Falkenberg bezieht sich auf die gesperrte Brücke in Linumhorst. Fahrradfahrer können die Brücke noch passieren. Es sollte ein zusätzliches Schild mit diesem Hinweis angebracht werden.</p> <p>Zudem plädiert er dafür, alles zu tun, um die Brücke zu erhalten.</p> <p>Auf Anfrage von Herrn Förster erklärt Herr Busse, dass 35 T€ für die Sanierung der Treppe in der Beetzer Schule im Haushalt 2019 vorgesehen sind.</p> <p>Herr Koop fragt, ob eine Straßenreinigungssatzung in Arbeit ist. Er habe beobachtet, wie zwei Mitarbeiterinnen des Wirtschaftshofes das Unkraut aus den Fugen des Gehweges der Mühlenstraße entfernten. Die Straßenreinigungssatzung müsse dringend überarbeitet werden, erklärt Frau Tamms. Mit der derzeitigen Satzung sei es rechtlich nicht möglich, die Bürger zur Reinigung heranzuziehen.</p> <p>Auch diese Satzung sei eine Aufgabe der Satzungskommission, so Herr Busse. Herr Koop plädiert für eine zeitnahe Umsetzung. Herr Koop möchte in diesem Zusammenhang die Arbeitsleistung von Frau König, Mitarbeiterin des Wirtschaftshofes, loben. Sie ist vorwiegend im Stadtgebiet im Einsatz, was sie leistet, sei lobenswert.</p> <p>Herr Koop erklärt, dass der Klein-Ziethener-Weg in Amalienfelde auf der rechten Seite hervorragend gemäht wurde. Aber warum nicht auf der linken Seite, dort wohnen überwiegend ältere Bürger?</p> <p>Herr Busse sagt zu, dies umgehend weiterzuleiten.</p> <p>An der Einfahrt Klein-Ziethener-Weg steht ein stillgelegtes</p>			
--	---	--	--	--

Fahrzeug, berichtet Herr Koop. Dies habe er per Mail mitgeteilt, aber noch keine Antwort erhalten. Das Fahrzeug von Kremmen aus kommend auf der rechten Seite stehe auf einem Privatgrundstück, erklärt Frau Tamms. Daher könne das Ordnungsamt hier nicht ahnden.

Herr Koop hat mit der Kremmener Kita-Leiterin, Frau Lehmann, hinsichtlich der dreiwöchigen Schließzeit in Kremmen gesprochen. Sie ist der Meinung, dass es in Kremmen nicht unbedingt drei Wochen Schließzeit geben müsse. Bei einigen Eltern gab es Schwierigkeiten, diese drei Wochen abzusichern, so Herr Koop. Vielleicht könnte die Schließzeit auch auf 2 Wochen beschränkt werden? Herr Busse wird dies in der Kita-Leiterrunde beraten.

Herr Koop fragt nach möglichen Konsequenzen, wenn ein Abgeordneter 2/3 der Sitzungen nicht erscheint. Er habe keine Handlungsmöglichkeit, erklärt Herr Reckin, es seien gewählte Vertreter.

Herr Busse verweist auf das Schreiben der Gemeinde Wandlitz mit der Bitte zur Unterzeichnung der "Brandenburger Erklärung" zum Windkraftausbau. Das Schreiben wurde allen Abgeordneten im Vorfeld übergeben. Er bittet die Fraktionen um Zusendung einer kurzen Stellungnahme.

Das Papier hänge völlig in der Luft, meint Herr Tietz. Wer soll das bekommen? Das ist alles in die Luft geredet.

Herr Brunner weist darauf hin, dass die Regionale Planungsgemeinschaft kein Gesetzesorgan ist. Der LEP ist kein Gesetz. Die Kommunen haben die Möglichkeit Stellungnahmen abzugeben.

Im Schreiben werden die Bürgermeister und Ortsvorsteher gebeten, die anliegende "Brandenburger Erklärung" zu unterzeichnen, sagt Herr Koop. Er habe nichts dagegen einzuwenden und würde auch unterzeichnen.

Frau Dr. Gebauer erklärt, dass sich die Fraktion UWG / LGU für eine Unterzeichnung ausgesprochen habe.

Herr Busse würdigt die Kameraden der Feuerwehr. Aufgrund der heißen und extrem trockenen Wetterlage mussten die Kameraden in diesem Jahr zu zahlreichen Einsätzen. Um für dieses hohe Engagement zu danken, wird es am 30. September 2018 auf dem Flatower Sportplatz ein Familienfest für alle Feuerwehrleute und deren Angehörige geben. Die Kameraden werden sich sehr freuen, sagt Herr Kretzschmar und lobt diese Idee. Er regt an, dass es in einer der nächsten Sitzungen einen

	<p>Bericht über die Situation in der Feuerwehr gibt. Welche Leistungen stecken dahinter, wie stecken die Kameraden das weg und wie wird mit den hilfsbereiten Landwirten umgegangen, die bei den Bränden Wasser zur Verfügung stellen. Auch Herr Koop begrüßt dieses Fest. Was die Kameraden leisten, dafür kann man nicht genug danken.</p> <p>Herr Reckin lädt alle zum Erntefest ein, das vom 31.08. - 02.09.2018 in Kremmen stattfindet. Das Komitee habe sehr gute Arbeit geleistet und ein super Programm für die drei Tage erstellt. Eine Woche später, am 08.09.2018 findet das Flatower Herbstfest statt.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen schließt Herr Reckin den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:13 Uhr.</p>			
--	--	--	--	--

